



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

**über die Sitzung
des Wirtschaftsausschusses
am 18.11.2015**

Anwesend

- Vorsitz

Herr Beigeordneter Christopher Sitte

- Mitglieder

Andreas Behringer	
Caroline Blume	Vertretung für Frau Binz; abwesend ab TOP 1.1; keine Teilnahme an der Abstimmung
Dr. Gerd Eckhardt	Vertretung für Frau Odenweller
Matthias Faber	
Ansgar Helm-Becker	
Denny Jera	
Martin Kinzelbach	
Walter Koppius	
Thorsten Lange	
Dr. Christian Moerchel	
Jasper Proske	
Uta Schmitt	
Dr. Peter Tress	
Christine Zimmer	Vertretung für Frau Kracht

- Verwaltung / Gäste

Herr Faßnacht	20 - Amt für Finanzen, Beteiligungen, Sport
Herr Hellenbrand	20 - Amt für Finanzen, Beteiligungen, Sport
Herr Schneider	65 - Amt für Projektentwicklung und Bauen
Herr Rudloff	67 - Grün- und Umweltamt
Herr Nonnweiler	80- Amt für Wirtschaft und Liegenschaften
Herr Graffé	GVG
Frau Alexandra Bidian	Allgemeine Zeitung

- Schriftführung

Schlesinger, Christian (Schriftführung Vergabeangelegenheiten)
Appelshäuser, Corinna (Schriftführung Grundstücksangelegenheiten/Wirtschaftsförderung)

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Katharina Binz
Martina Kracht
Anette Odenweller

Tagessordnung

a) nicht öffentlich

1. Vergabeangelegenheiten

b) öffentlich

- 1.1. Rathaus Mainz

c) nicht öffentlich

- 1.2. – 1.9 Vergabeangelegenheiten
2. Grundstücksangelegenheiten
 - 2.1. – 2.8 Grundstücksangelegenheit

d) öffentlich

- 2.9. Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU, sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 ödp

e) nicht öffentlich

- 2.10. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
- 2.11. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
3. Verschiedenes

öffentlich

Herr Beigeordneter Sitte ruft den TOP 1.1 auf und teilt hierzu mit, dass diese Vergabeabsicht schon seit Monaten in den städtischen Gremien diskutiert wird. Er bittet Herrn Graffé, GVG, nochmals über den Inhalt der Vorlage kurz zu berichten.

Herr Graffé, GVG, informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass er in den vergangenen Tagen mehrfach zu den genannten Zahlen von 50 Mio. € bzw. 45 Mio. € Baukosten angesprochen wurde und erklärt für alle Ausschussmitglieder nochmals die Preisdifferenz. Die genannte Zahl von 50 Mio. € ist das gesamt benötigte Budget für die Baumaßnahme. Die reinen Baukosten belaufen sich auf ca. 45 Mio. €. Die Differenz von 5 Mio. € sind für Projektsteuerung, Baunebenkosten, Unvorhergesehenes sowie die Begleichung der anfallenden Gebühren vorgesehen.

Herr Dr. Eckardt, CDU-Fraktion, ist weiterhin der Auffassung, dass der genannte Sanierungsbeitrag für die seiner Ansicht notwendigen Arbeiten viel zu gering sei. Bei reinen Nettobaukosten in Höhe von ca. 35 Mio. € seien die erforderlichen Arbeiten keinesfalls auszuführen. Für ihn stellt sich die Frage, was für die vorgesehenen Haushaltsmittel überhaupt saniert werden könne. Man sollte im beabsichtigten VOF-Verfahren einzelne Bausteine mit einer entsprechenden Priorität vorgeben festzustellen, was insgesamt realisierbar ist. Weiterhin ist er der Meinung, dass die Tiefgarage und das Rathaus unabhängig von der Eigentümerfrage bautechnisch gesamt zu betrachten sind.

Herr Behringer, SDP-Fraktion, erinnert die Ausschussmitglieder nochmals an die durchgeführte Bürgerbeteiligung und das daraus resultierende Ergebnis, das Rathaus zu sanieren und zu erhalten. Dies wurde durch mehrere Gutachten und Studien bestätigt.

Herr Kinzelbach, SPD-Fraktion, begrüßt die finanzielle Obergrenze von 50 Millionen Euro brutto und sieht die Vorlage als ein Bekenntnis der Verwaltung zum Standort des Rathauses und der zur Verfügung stehenden Baukosten.

Herr Helm-Becker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnert an einen Stadtratsbeschluss der letzten Jahre der besagt, dass das Rathaus erhalten und saniert werden soll. Dieser Beschluss sei gemeinsam mit allen Fraktionen getroffen. Auch er ist dafür, eine entsprechende Prioritätenliste für die einzelnen Sanierungsschritte zu setzen.

Die Ausschussmitglieder des Wirtschaftsausschusses führen eine weitere Diskussion über die Vorlage und die Sanierung des Rathauses bzw. des Alternativstandortes Schloss.

Herr Koppius, FDP-Fraktion, erinnert die Ausschussmitglieder nochmals daran, dass es sich hier um eine Beschlussvorlage für ein durchzuführendes VOF-Verfahren und somit um eine reine Auftragsvergabe handelt. Die hier größtenteils geführte Diskussion sei Sache des Bauausschusses und müsse dort entsprechend beraten werden. Die Stadt Mainz als Eigentümerin des Rathauses habe seiner Meinung nach auf Grund der fehlenden Bauunterhaltung den jetzigen Zustand des Rathauses mit zu verantworten.

Herr Graffé, GVG, beantwortet nochmals ausführlich die zuvor gestellten Fragen der Ausschussmitglieder. Darüber hinaus teilt er mit, dass es vor Jahren einen Beschluss des Stadtrates mit Zustimmung aller Fraktionen gab, dass 2 Millionen Euro für die Vorleistungen der Rat-

haussanierung zur Verfügung stehen. Die für das beabsichtigte VOF-Verfahren erforderlichen Haushaltsmittel sind ebenfalls in diesen Betrag enthalten. Eine zu erbringende Genehmigungsplanung im angestrebten VOF-Verfahren ist unbedingt erforderlich, da eine Zustimmung und Genehmigung der Denkmalpflege sonst nicht möglich ist. Er ist der Meinung, dass nach Abschluss des VOF-Verfahrens zur Generalplanerleistungen Klarheit herrscht, welche Leistungen für die bereitgestellten Haushaltsmittel umgesetzt werden können. Vorrang hat die Sanierung des Gebäudes und nicht die Anpassung der Außenanlage.

Herr Beigeordneter Sitte bittet die Ausschussmitglieder weitere bautechnische Fragen in der Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses zu besprechen.

Herr Dr. Eckardt, CDU-Fraktion, möchte von der Verwaltung nochmals bestätigt bekommen, ob eine Sanierung der Tiefgarage und somit die Leistungen der PMG ebenfalls dem Wettbewerb unterstellt werden müssen.

Herr Graffé, GVG, teilt mit, dass hierzu ebenfalls ein Ausschreibungsverfahren erfolgen muss.

Der Wirtschaftsausschuss beschließt bei 5 Gegenstimmen der CDU-Fraktion entsprechend der Beschlussvorlage das VOF-Verfahren für die Generalplanerleistungen durchzuführen.

Punkt 2.9 **Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU, sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 ödp**
hier: Konzeption für eine Wohnraumversorgung
Vorlage: 1483/2015/1

Der erneute Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Für die Anträge 1711/2012 der CDU-Stadtratsfraktion sowie der Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp-Stadtratsfraktion - Konzeption für eine Wohnraumversorgung - ist ein erneuter Sachstandsbericht in einem Jahr vorzulegen.

Unabhängig vom Erfordernis der Berichterstattung zu den oben genannten Anträgen, wird aktuell ein übergreifendes "Konzept Wohnen" für die Stadt Mainz unter Federführung der Leitstelle Wohnen im Büro des Oberbürgermeisters erarbeitet und den städtischen Gremien sodann vorgelegt.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

gez.

.....
Christopher Sitte
Vorsitzender

gez.

.....
Christian Schlesinger
Schriftführung Vergabeangelegenheiten

gez.

.....
Corinna Appelshäuser
**Schriftführung Grundstücksangelegenheiten/
Wirtschaftsförderung**